

Die Konferenz der letzten Politiker, die noch respektiert werden



Von **Martina Meister**
Korrespondentin in Paris

Veröffentlicht am 21.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Rund 444 Einwohner, Dutzende Probleme: der Ort Malaussanne im Südwesten Frankreichs, im Département Pyrénées-Atlantiques

Quelle: picture alliance/Hans Lucas/Quentin Top

Wie kaum ein anderes Land ist Frankreich zerrissen im Streit um Links und Rechts. Aber politische Debatten in Paris spiegeln kaum die existenzbedrohenden Probleme der Menschen wider. Ein Besuch an der Basis bringt überraschende Erkenntnisse.

Vier Monate vor den französischen Kommunalwahlen ist der jährliche Kongress von Frankreichs (<https://www.welt.de/themen/frankreich/>) Bürgermeister der geeignete Ort, um die politische Temperatur des Landes zu messen. Mit seinen knapp 35.000 Bürgermeistern, die meisten in Dörfern unter 1000 Einwohnern, bildet das Nachbarland auch in dieser Hinsicht eine kulturelle Ausnahme. In den Gemeinde- und Stadträten sind rund 500.000 Franzosen oft ehrenamtlich engagiert.

Der Bürgermeister sind in Frankreich „die Auserwählten des Herzens“, wie „Le Monde“ es formuliert, die letzte Kategorie Politiker, die noch respektiert wird. Knapp 70 Prozent der befragten Franzosen vertrauen ihnen, so die jüngste Umfrage des Forschungsinstituts Cevipof. Die Abgeordneten genießen nur 42 Prozent des Vertrauens der Wähler. Beim Präsidenten, [Emmanuel Macron](https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/) (<https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/>), sinkt die Quote auf 22 Prozent. Je weiter weg die Politik ist, desto mehr Misstrauen wird ihr entgegengebracht. Je näher dran sie ist, desto mehr Probleme des Alltags soll sie lösen.

Camille Pouponneau kann davon ein Lied singen. Vier Jahre lang war die 35-Jährige Bürgermeisterin von Pibrac, einer Stadt mit knapp 8000 Einwohnern, wenige Kilometer westlich von Toulouse im Südwesten von Frankreich. Bei Amtsantritt war sie voller Energie und Tatendrang. Sie wollte Dinge verändern, Probleme lösen. Vier Jahre später hat sie ihre blau-weiß-rote Amtsschärpe an den Nagel gehängt und ist zurückgetreten. „Ein permanentes Gefühl von Ohnmacht, 70 Arbeitsstunden pro Woche für 80 Prozent des Mindestlohns“, so ihre Begründung, vor allem angesichts eines öffentlichen Dienstes, der wegen Finanzproblemen „in Trümmern liegt“.

„Es ist nicht normal, dass einem so viele Steine in den Weg gelegt werden, wenn man sich als junger Mensch voll reinhängt in dieses Amt und sowohl auf sein Privatleben als auch sein Berufsleben verzichtet“, sagt Pouponneau, deren braune Augen nach einem Burnout wieder blitzen. Über ihre desillusionierende Erfahrung hat sie ein Buch geschrieben. „Maires, le grand gâchis“ (<https://www.ouest-france.fr/region-occitanie/pibrac-31820/video-camille-pouponneau-auteure-de-maires-le-grand-gachis-a5781f4c-002b-425d-bc83-a77509c54c65>) (Bürgermeister, die große Verschwendung) lautet der Titel.

Auf dem Kongress der Bürgermeister ist die Schlange der Kollegen lang, die vor ihrem Tisch anstehen, um eine Widmung zu bekommen. Vielen geht es ähnlich wie ihr. Die Bürger haben die größten Erwartungen an den Bürgermeister, die Anforderungen wachsen, aber der Handlungsspielraum schrumpft.

Nicht nur das Geld fehlt. „Die größte Hürde sind die Normen. In Frankreich werden sie in der Hauptstadt beschlossen. Jede Woche trudeln in den Rathäusern Direktiven ein mit neuen Regeln, die sehr viel Geld kosten und die für alle dieselben sind, egal ob es sich um eine Großstadt oder ein winziges Dorf handelt“, erklärt die ehemalige Bürgermeisterin.

Man sieht in den Hallen des Ausstellungsgeländes an der Pariser Porte de Versailles (<https://www.sortiraparis.com/de/lieux/52299-paris-expo-porte-de-versailles>) vor allem seriöse Herren in dunklen Anzügen, aber auch Männer, denen man die Landarbeit ansieht. Trotz des Paritätsgesetzes sind weniger als 20 Prozent der Posten von Frauen besetzt. Eingeflogen wurden auch die Vertreter aus Französisch-Polynesien (<https://www.welt.de/themen/franzoesisch-polynesien/>), kräftige Damen mit Blumenkränzen auf den Kopf, deutlich übergewichtige Männer in Blumenhemden mit tätowierten Unterarmen. Der drei Tage währende Kongress, für den 12.000 Lokalpolitiker angereist sind, gibt eine Vorstellung über die Vielfalt des Landes.

Aber trotz Frustration und einer Rekordzahl von Bürgermeistern, die ihr Amt niedergelegt haben, darf man den Kongress nicht mit einer kollektiven Therapiesitzung verwechseln. Es geht um harte Themen, vor allem um Sicherheit, um Einbrüche, die wachsende Zahl von verbalen und tätlichen Angriffe auf Bürgermeister, aber vor allem um die Auswirkungen des Drogenhandels auf ländliche Gemeinden.

Acht von zehn Kommunen seien inzwischen mit den Konsequenzen des Drogenhandels konfrontiert, so ein Bericht des französischen Rechnungshofes. „Wir haben es mit einer echten Mafia zu tun, die unsere Regionen unterwandert“, sagt David Lisnard, Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Cannes (<https://www.welt.de/themen/cannes/>) und Präsident der Association des maires de France (AMF), des Vereins der französischen Bürgermeister.

Milliarden-Kürzungen auf dem Land

Seine Vereinigung kritisiert vor allem die Finanzkürzungen für die Kommunen. Die Regierung spricht von 4,6 Milliarden Euro für das kommende Jahr. Nach der Rechnung von AMF handelt es sich fast um das Doppelte. „Der Staat ist von Schulden abhängig wie von einer Droge“, so Lisnard.

André Laignel, sein Stellvertreter, Bürgermeister von Issoudun, spricht von „Staatslüge“. Für den Auftritt von Premierminister Sébastien Lecornu (<https://www.welt.de/politik/ausland/article68e91188675f132d327b5113/frankreich-macron-ernennt-zurueckgetretenen-lecornu-erneut-zum-premier.html>) zum Abschluss des Kongresses sagt er Lobreden voraus: „Mit der einen Hand streicheln sie uns den Rücken, mit der anderen greifen sie uns in die Tasche“, so Laignel.

Nicht nur Lecornu, fast alle Politiker, die sich zu größeren Ämtern berufen fühlen, besuchen den Kongress. Denn jeder Präsidentschaftskandidat, der in Frankreich antreten will, muss 500 Patenschaften vorlegen, Unterschriften von Amtsträgern, egal ob Abgeordneter, Senator oder Bürgermeister einer 200-Seelen-Gemeinde.

Vorgeschmack auf die Wahl des Präsidenten

Überhaupt gelten die Kommunalwahlen in Frankreich als „35.000 Minipräsidentschaftswahlen“. Dieses Mal werden die Parteien ihren Ausgang mit besonders großem Interesse verfolgen, weil bereits ein Jahr später im Mai 2027 die Präsidentschaftswahlen anstehen. Doch die Kandidaten in den kleinen Kommunen treten in der Mehrzahl parteilos an.

„In den kleinen Städten spielen die Parteien keinerlei Rolle mehr“, konstatiert der Politikwissenschaftler [Rémi Lefebvre](https://fr.linkedin.com/in/remi-lefebvre-9543131b9). [„Nur in den Kommunen mit über 5000 Einwohnern strukturieren sie noch die politische Landschaft Frankreichs und nur sehr wenige Kandidaten gehören keiner Partei an. Allerdings verschweigen sie das gern. Sie erwähnen ihre Partei nicht, vermeiden Logos, Farben und zuordenbare Parolen“](https://fr.linkedin.com/in/remi-lefebvre-9543131b9). Parteizugehörigkeit schadet dem Erfolg. Nur in den Großstädten müssen die Kandidaten bis heute Farbe bekennen.

Noch sind die großen Volksparteien wie die konservativen Les Républicains (LR) und die [Sozialisten](https://www.welt.de/themen/parti-socialiste/) (PS) stark in der Provinz verankert. Aber das könnte sich 2026 ändern und der Dégagisme, der Wunsch nach Abstrafung der Traditionsparteien, sich auch dort durchsetzen. Bislang wird keine einzige französische Großstadt von Vertretern extremistischer Parteien regiert.

[Martina Meister](https://www.welt.de/autor/martina-meister/) berichtet im Auftrag von WELT seit 2015 als freie Korrespondentin in Paris über die französische Politik.